

**Vortrag Philipp Mißfelder – Petit-déjeuner débat –
Ifri 7. September 2004**

Es gilt das gesprochene Wort

Situation der deutschen Gesellschaft

Im letzten Jahr hat sich die deutsche Reformdiskussion nach Jahren einer kurzfristigen und oberflächlichen Orientierung an den unmittelbaren Erfordernissen des Tages endlich den langfristigen strukturellen Problemen unseres Landes zugewandt. Dies ist auch ein Erfolg der Unionsparteien und ihrer Vereinigungen, die die Reform der sozialen Sicherungssysteme unter den Aspekten des demographischen Wandels und der Globalisierung in den Mittelpunkt ihrer programmatischen Arbeit gestellt haben und die im Tagesgeschäft nicht Müde werden, die Unzulänglichkeit und Unbeholfenheit der Reformen der Bundesregierung anzuprangern.

Die dramatische Zuspitzung der Reformnotwendigkeiten resultiert zu einem Teil aus einer ungünstigen Konjunktur -und Beschäftigungsentwicklung und der Veränderung der globalen Wettbewerbsposition der deutschen Volkswirtschaft. Eine ganz wesentliche Komponente ist aber in Deutschland der seit langem bekannte demographische Wandel, der bei den meisten Politikern in der Vergangenheit nie eine angemessene Beachtung gefunden hat. Heute sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass ab 2010 der Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge beginnt und gleichzeitig der "Pillenknick" voll auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Das führt zusammen mit einer steigenden Lebenserwartung dazu, dass wir uns bis zum Jahr 2040 einer Situation nähern, in der, statt wie heute vier Erwerbstätige, ein einziger einem Ruheständler gegenübersteht.

Exemplarisch sei die Pflegeversicherung genannt, die damals ohne Rücksicht auf die Folgen für zukünftige Generationen eingeführt wurde und die -das war von Anfang an klar- auf Dauer nicht finanzierbar sein wird, da sie auf sich auf die Umlagefinanzierung stützt. Sie war lange nur ein Randthema, ist aber heute in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, leider nicht durch die Einsichtsfähigkeit der Bundesregierung sondern durch Intervention des Bundesverfassungsgerichtes. Gerade die Pflegeversicherung, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens noch nicht einmal Gegenstand politischen Missbrauchs sein konnte, wie Renten- und Arbeitslosenversicherung, zeigt deutlich die Dramatik der Situation, vor der besonders die junge Generation steht. Ohne strukturelle Reformen wird der Beitragssatz von 1,7 Prozent auf 5, 6 Prozent explodieren. Das heißt, die Pflegeversicherung allein könnte Ergebnisse jahrelanger Reformpolitik einer zukünftigen Bundesregierung in anderen Bereichen der Sozialversicherung zunichte machen.

Diese Entwicklung, die weder durch Zuwanderung noch durch Familienpolitik in der "heißen Phase" bis zum Jahre 2040 einschneidend verändert werden kann, hat über die Altersicherung hinaus auch Auswirkungen auf die Kranken- und Pflegeversicherung, das Steueraufkommen und ganz allgemein auf das Potential wirtschaftlicher Dynamik in Deutschland und den meisten seiner Nachbarländer. Wir sind also mit einer großen demographischen Herausforderung konfrontiert, die trotz der Langfristigkeit ihrer Perspektive bereits unmittelbar bevorsteht. Schon die übernächste Legislaturperiode wird "mittendrin statt nur dabei" sein. Grundlegende Reformen und zwar gleichzeitig, auf vielen Gebieten sind also kein Selbstzweck, sondern ergeben sich als überfällige Notwendigkeit aus den vor uns liegenden Sachverhalten und den langjährigen Versäumnissen der Politik. Den Eindruck einer sinn- und orientierungslosen Betriebsamkeit, den die Reformpolitik mittlerweile oft erweckt, verdanken

wir der Handlungsweise der Bundesregierung. Die Herausforderung, Deutschland neu aufzustellen und in allen Lebensbereichen wieder mehr Vertrauen in den Bürger und seine Fähigkeiten zu setzen, bleibt bestehen, unabhängig von taktischen Manövern der Politik und dem Empörungsjournalismus, der leider bei einer wenig standfesten Regierung erheblichen Schaden anzurichten vermag.

Wer sich heute umschaute, reibt sich verwundert die Augen: Bei aktuellen Diskussionen, etwa der Debatte um die Zukunft des Gesundheitswesens, fallen die politischen Akteure wieder zurück in alte, lieb gewonnene Denkmuster. Allen voran die Befürworter einer Bürgerversicherung, die mit ihren Grundgedanken fatal an die Gleichmacherei vergangener Jahre erinnern -Gesamtschule im Westen, Einheitslohn im Osten. Auch in der Rentenpolitik fehlt der Mut, die Idee der Eigenvorsorge starker in den Mittelpunkt zu rücken. Und in der Steuerpolitik bleibt die radikale Bereinigung gleich ganz aus.

Lage meiner Generation

Bei den laufenden und noch anstehenden Reform- und Veränderungsprozessen rückt das Thema Generationengerechtigkeit ganz natürlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit, geht es doch bei den politischen Projekten um Weichenstellungen für Jahrzehnte, die mehr noch als die heutige Generation von "Entscheidern", die Jüngeren, die ganz Jungen und auch die nachwachsenden Generationen betreffen. Die Jüngeren sind es, die in erster Linie von der dramatisch sinkenden Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung betroffen sind und die bei einer schrumpfenden Zahl von Erwerbstätigen die Staatsverschuldung von Jahrzehnten abtragen müssen.

Es sind aber nicht die sich so verengenden Spielräume für die Lebensgestaltung jedes Einzelnen, sondern es ist vor allem der Tatbestand, dass die vorgegebene und unveränderliche Kohortenkonstellation zu einer gedrängten Belastungsspitze im Zeitraum zwischen 2010 und 2040 führt, der uns mit dem Problem einer angemessenen Lastenverteilung zwischen den Generationen konfrontiert. Diese Belastungsspitze ist nämlich -unabhängig von möglichen Anspruchshaltungen -für die dann Erwerbstätigen schlicht nicht alleine zu bewältigen. Eine angemessene Lastenverteilung zwischen den Generationen führt leider zu einer Belastung der Älteren von heute mit der diese meist nicht gerechnet haben und die mit Bezug auf die Vergangenheit und die individuelle Lebensleistung auch in der Tat nicht als "gerecht" empfunden werden kann. Die Aufgabe, die nur alle Generationen gemeinsam bewältigen können, liegt aber in der Zukunft. Für sie müssen die Jungen auf manche Ansprüche verzichten, die sie glauben erwarten zu dürfen und die Älteren auf manchen Anspruch, den sie erworben haben.

Meine Generation, soweit ich für sie sprechen kann, ist sich der Zumutungen für die Älteren bewusst und ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wir wissen um die Notwendigkeit auf Gegenwartskonsum zu verzichten um selbst zu unserer Altersversorgung beizutragen und wir erwarten deutlich länger berufstätig zu sein als unsere Eltern. Wir wissen um unsere Verantwortung für ein effizientes Bildungssystem, das einen früheren Eintritt in das Berufsleben ermöglicht. Obschon die jeweiligen "Teilnehmer" das System nicht selbst verantworten, so haben es doch viele bereitwillig ausgekostet.

Zum Problem der Generationengerechtigkeit gehört auch das Problem der Armut von Kindern und Jugendlichen, die in Deutschland die höchste Quote an Sozialhilfeempfängern aufweisen,

wohingegen bei den Älteren die niedrigste Quote festgestellt werden kann. Besonders dramatisch ist die Armutsquote die im Sozio-ökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ermittelt wird und die belegt, dass vor allem Familien mit zwei oder mehr Kindern von einer extrem hohen Armutsquote von 58,5 Prozent betroffen sind, bei einer durchschnittlichen Armutsquote von 13,1 Prozent.

Gleichzeitig sind wir mit einer katastrophalen Entwicklung bei der Beschäftigung konfrontiert. Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, an denen die Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme hängt, hat seit 2001 um 1,2 Millionen auf nur noch 26,5 Millionen Beschäftigte abgenommen, zuletzt mit Jahresraten von einer halben Million. Dieser Trend lässt die finanzielle Basis des traditionellen Sozialstaates wegbrechen und führt zu einer Verarmung der öffentlichen Hand, der keine Gestaltungsspielräume mehr verbleiben. Die globale Konkurrenz mit der heute alle entwickelten Wirtschaften konfrontiert sind, setzt gleichzeitig die Unternehmen unter einen permanenten Anpassungsdruck, der unter den in Deutschland herrschenden Rahmenbedingungen den Aufbau von Beschäftigung erschwert.

Das größte Problem für meine Generation ist dabei die Einschränkung unserer Entfaltungsmöglichkeiten im Lebensverlauf, die sich aus dem Zusammenwirken der Effekte jahrzehntelanger Fehlentwicklungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ergeben. Die hohe Staatsverschuldung bei immer weiter ausufernden Defiziten, die Kranken- und Pflegeversicherung, die nicht auf die demographische Entwicklung vorbereitet sind, die absehbaren Belastungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und aus den Pensionsansprüchen der Beamten, die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die erstickende Bürokratie und ein unverständliches, ungerechtes Steuersystem, die wirtschaftliche Dynamik schon im Keim ersticken, gesellschaftliche Akteure, die sich als Verhinderungskartelle betätigen, ein gescheiterter Aufbau Ost, verfallende Infrastruktur und wachsende regionale Ungleichgewichte, die durch den demographischen Wandel dramatisch verschärft werden, verdichten sich zu einem kaum noch überschaubaren Probleberg genau zu dem Zeitpunkt, an dem der demographische Wandel virulent wird. Alle diese Probleme müssten also von unserer und den nachfolgenden Generationen gelöst werden bei denen sich die Belastungen auf immer weniger Schultern verteilen und die Gefahr besteht, dass in einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale die finanziellen Gestaltungsspielräume im privaten wie öffentlichen Bereich verschwinden.

Solche Perspektiven sind für viele leistungsfähige junge Menschen, die hier studiert haben, häufig der Grund, ihre persönliche Zukunft nicht mehr in Deutschland zu sehen, sondern in europäische Nachbarländer oder nach Amerika abzuwandern. Wir haben mittlerweile einen massiven Brain-Drain, der zwangsläufig dazu führt, dass unsere besten Köpfe sich der Teilhabe an unserer Gesellschaft und an der Zukunft der Bundesrepublik verweigern. Dies können und dürfen wir uns nicht leisten, weil wir ohnehin im Bereich der Topqualifizierten eine viel größere Nachfrage haben werden als an Angebot vorhanden ist. Abwanderung ist eben nicht auf Ostdeutschland beschränkt, sondern bedroht mittlerweile das gesamte Land. Wir müssen deswegen alles dafür tun, diese Menschen in Deutschland zu halten, ihnen Perspektiven zu bieten, Aufstiegsmöglichkeiten zu geben und ihren Ehrgeiz zu wecken, unser Land mitzugestalten und wieder nach Vorne zu bringen.

Patriotismus alleine wird dafür nicht ausreichen, zumal er ohnehin in Deutschland nicht die Bindungskraft hat, die man sich wünschen könnte. Es bleibt also nur, eine gesellschaftliche Stimmung zu erzeugen, in der Leistung sich wieder lohnt und nicht das Gefühl vorherrscht,

dass Leistung permanent bestraft wird. Deswegen fordere ich im Interesse meiner Generation, uns auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft rückzubesinnen und diese auch zu verwirklichen.

Leitprinzipien christdemokratischer Reformpolitik

Zentral sind dabei für mich folgende drei Leitprinzipien an denen sich christdemokratische Politik in Deutschland ausgerichtet hat und ausrichten wird:

Erstens die Individualität, die sich in unseren Sozialsystemen viel zu wenig widerspiegelt, denn von eigenverantwortlichem Handeln kann nicht die Rede sein, wenn der Ruf nach dem Staat immer lauter ist, als der Ruf nach eigener Verantwortung für sein Leben.

Zweitens ist dies die Subsidiarität. Sie ist ein Kernbestand der katholischen Soziallehre, die zwar heute nicht mehr auf alles eine Antwort hat, aber gerade in diesem Punkt zu Rate gezogen werden muss, da wir es in den vergangenen 50 Jahren in der Bundesrepublik versäumt haben, Subsidiarität zu einem Grundprinzip in unserem Sozialversicherungssystem und auch in andern gesellschaftlichen Bereichen zu machen.

Und drittens ist es die Solidarität. Solidarität ist mittlerweile zu einem Kampfbegriff geworden, mit dem diejenigen, die keine Reformen wollen, versuchen, jede Debatte und jede Diskussion zu ersticken. Aber was bedeutet Solidarität heute wirklich? Ich will, dass auch zukünftig dem schwächsten Glied in einer Kette durch die Gemeinschaft geholfen werden kann. Wir müssen allerdings die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es auch in Zukunft starke Schultern gibt, die selbst einer verhältnismäßig großen Anzahl Unterstützungsbedürftiger dauerhaft soziale Sicherheit bieten können. Solidarität bedeutet aber nicht nur, dass von einigen Leistung erbracht und von anderen Leistungen empfangen werden, sondern es bedeutet auch, dass derjenige der Leistungen seitens der Gemeinschaft erhält, aufgefordert sein muss -zwingend aufgefordert sein muss -auch etwas an die Gesellschaft zurück zu geben.

Reformfelder

Für die operative Politik stellt sich mit der Kumulation der Probleme und ihrer zeitlichen Verdichtung die Herausforderung, alle diese Probleme zugleich anzugehen, da sie zum einen vielfältig miteinander verknüpft sind und zum anderen der demographische Wandel ab dem Jahr 2010 mit Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter der bestimmende Faktor für die Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik wird, der keine Spielräume mehr lässt. Nur dann kann ihre weitere Zuspitzung verhindert werden und mittelfristig wieder Spielraum entstehen, damit auch unsere Generation wieder eine gute Zukunftsperspektive bekommt, nicht zuletzt um sich häufiger für Nachwuchs zu entscheiden.

Um effektiv zu sein, darf es aber nicht nur Stückwerk geben wie in der Politik der Bundesregierung. Es muss eine Strukturreform in Gesundheit und Pflege geben, die die Systeme auf den demographischen Wandel vorbereitet, nicht nur eine halbherzige Rentenreform. Wie bei der Rente stehen wir auch im Gesundheitssystem vor der Herausforderung, dem demographischen Wandel und den Interessen der jungen Generation gerecht zu werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn bei einer grundlegenden Reform der

Krankenversicherung eine kapitalgedeckte Altersvorsorge eingeführt wird, wie sie die Herzog-Kommission aus zwingenden Gründen vorgeschlagen hat. Ohne ein solches Element der Zukunftsvorsorge wird auch ein Prämiensystem auf lange Sicht scheitern –mit katastrophalen Konsequenzen für das Versorgungsniveau und die Wirtschaft. Eine solche Reform ohne Zukunftsfähigkeit wäre die hohen politischen Kosten nicht wert, die verursacht werden, wenn ein Bereich, der 90 Prozent der Bevölkerung existenziell betrifft, vollständig umgebaut wird.

Die Sanierung der Staatsfinanzen muss im Zusammenhang mit einer Steuerstrukturreform erfolgen, weil die positiven Wirkungen sonst ebenso verpuffen wie die Tarifiermäßigungen durch die Bundesregierung in den letzten Jahren. Bei diesem Thema steht die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf dem Spiel. Ein grundlegender, das heißt an die Wurzel gehender und in diesem Sinne also radikaler Umbau des Steuersystems in seiner ganzen Struktur ist unerlässlich, wenn für leistungsbereite Menschen wieder Perspektiven geschaffen werden sollen. Die hohe Grenzbelastung schon bei mittleren Einkommen und die unüberschaubare und damit ungerechte Komplexität der Unternehmensbesteuerung machen Leistungsanreize zunichte und schaffen Wachstum nur in der Steuerberatung. Gerade neu gegründete und innovative Unternehmen wollen und müssen sich auf ihr Produkt, ihre Dienstleistung und die unternehmerische Entwicklung konzentrieren, nicht auf die verschlungenen Details der Unternehmensbesteuerung. Das deutsche Steuersystem ist so zu einer Innovationsbremse ersten Ranges geworden, das Gründer strukturell benachteiligt.

Dies führt zu einem anderen großen Thema, der Forschungs- und Technologiepolitik. Auch das beste Steuersystem der Welt kann keinen wirtschaftlich nutzbaren Fortschritt erzeugen, wenn Forschung behindert und neue Technologien unter ideologischem Generalverdacht stehen. Wenn Deutschland als Hochlohnland eine wirtschaftliche Zukunft haben soll, müssen wir Spitzentechnologie in allen Bereichen bieten können. Wir können es uns nicht leisten, Forschung nur dort zu fordern oder überhaupt zuzulassen, wo dies politisch korrekt ist und ganze Sektoren wie Nukleartechnik, grüne Gentechnik, Wehrtechnik oder moderne Verkehrsträger auszubluten und so der Konkurrenz auf den Weltmärkten zu überlassen.

Das Prinzip hinter den genannten Beispielen ist es, die Probleme so dramatisch wahrzunehmen wie sie sind, und sie grundsätzlich zu lösen, nicht nur oberflächlich und kurzfristig wie zum Beispiel beim Gesundheitsreformgesetz. Wenn wir dieses Prinzip überall beherzigen und die Politik ihrer Verantwortung und nicht nur den jeweils nächsten Wahlen gerecht wird, dann kann unser Land ohne falsche Tabus und Bedenken einen Neuanfang schaffen und auch die Probleme bewältigen.

Generationengerechtigkeit

Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen die vorgeschlagenen Lösungen immer auf ihre intergenerative Verteilungswirkung geprüft und so gestaltet werden, dass auch die älteren Generationen der Gegenwart ihren Anteil an den Belastungen tragen. Die notwendige Verantwortungsgemeinschaft der Generationen sollte sich aber auch in der gleichberechtigten Teilhabe der Generationen an politischer Entscheidungsfindung wieder finden. Dies muss nicht nur in der Gesellschaft und in den politischen Parteien gelten, sondern auch in den politischen Institutionen, die die verbindlichen Beschlüsse fassen, die jahrzehntelange Entwicklungen präjudizieren.

Ein wesentliches Instrument der Gewährleistung der Legitimation langfristiger Politik und der Berücksichtigung der Interessen ganz junger Menschen und zukünftiger Generationen können Zukunftsausschüsse der Parlamente sein, die auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in den Gesetzgebungsprozess einbringen. Die heute übliche Überprüfung von Gesetzeswirkungen auf den Staatshaushalt und die zersplitterte Berücksichtigung der langfristigen Folgenabschätzung in den Fachausschüssen konnten die Zuspitzung der demographischen Belastung, die ja schon lange bekannt war, nicht verhindern. Wir sollten diese Lektion lernen und das Konzept von Generationenverträglichkeitsprüfungen und ihre Institutionalisierung nicht als überflüssige Verdoppelung von Zuständigkeiten abtun, sondern darin eine wertvolle Ergänzung der bewussten Steuerungs- und Handlungsfähigkeit von Politik als solcher erkennen.

Legitimationskrise der Politik

Die Legitimität politischer Systeme liegt nicht nur in Prozeduren, sondern langfristig auch in Resultaten. Eine Politik die, ohne böse Absicht der Handelnden, immer wieder das Gegenteil des als notwendig und richtig Erkannten produziert, kann keinen dauerhaften Bestand haben und wird eine Legitimationskrise des demokratischen Verfassungsstaates heraufbeschwören, die vor Parteigrenzen nicht halt macht. Nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, auch die politischen Institutionen und ihre Mechanismen müssen sich an die veränderte gesellschaftliche Realität anpassen und auf die Herausforderung der Generationengerechtigkeit antworten.

Eine solche mögliche Legitimationskrise des politischen Systems rührt natürlich nicht nur aus der Vernachlässigung der Generationengerechtigkeit, sondern aus der überbordenden Fülle von Gesetzen und Regelung, die die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen und der Unternehmen beschneiden und oft hohe Kosten verursachen. Ganz grundsätzlich müssen deshalb bei politischen Entscheidungen die Auswirkungen besser erfasst und berücksichtigt werden. Mittel dafür sind neben einer erweiterten und verbesserten Gesetzesfolgenabschätzung auch die Befristung der meisten neuen Gesetze und Verordnungen sowie ein kontinuierlicher und konsequenter Abbau von bestehenden Vorschriften.

Wesentliche Ursache für Modernisierungsdefizite und mangelnde Erneuerungsfähigkeit in Deutschland ist auch die Entwicklung des Föderalismus. Über Jahrzehnte sind die föderalen Entscheidungswege buchstäblich verrumpelt. Statt einer eindeutigen Aufteilung der Verantwortlichkeiten gibt es heute komplizierte Verflechtungen, vielfache Blockaden und einen überbordenden Koordinierungszwang, der immer neue Pseudoinstitutionen hervorbringt. Deutschland ist in weiten Teilen faktisch zu einem zentralistischen Staat geworden, in dem eine erkennbare funktionale Trennung zwischen Bund und Ländern nicht mehr besteht und Entscheidungen nur noch nach aufwendigen und langwierigen Verfahren getroffen werden können oder eben versanden. Der ständige Zwang zur Kompromissbildung verhindert klare Reformentscheidungen und produziert zumeist nur Ergebnisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Für die Bürger ist nicht mehr nachvollziehbar, wer politisches Handeln zu verantworten hat. Sie wenden sich ab von einer Politik, deren Verfahrensweisen sie nicht verstehen.

Der Föderalismus in Deutschland braucht eine Erneuerung im Sinne einer Reföderalisierung, die die Zentralisierungsentwicklung nicht nur aufholt, sondern zum Teil auch rückgängig macht. Bund und Länder brauchen wieder einen jeweils eigenen politischen Gestaltungsspielraum, die Länder müssen mehr eigenstaatliche Substanz zurückerhalten. Besser getrennte Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Gesetzesvollzug sorgen für mehr Effizienz und klarere Verfahrensabläufe. Doch nicht nur die Länder brauchen wieder mehr Autonomie. Auch der Bund muss seinerseits Handlungsfreiheit zurück erhalten. Die Zahl der im Bundesrat zustimmungsbedürftigen Gesetze ist deshalb drastisch zu reduzieren. Die Instandsetzung des Föderalismus in Deutschland muss auch die Finanzbeziehungen mit einbeziehen, da die wachsenden regionalen Unterschiede in Deutschland in Zukunft eine so enge Verflechtung der Finanzströme unmöglich machen werden. Die Politik muss lernen, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, auch wenn dies Einschnitte bei den staatlichen Leistungen bedeutet und Strukturen und Abläufe in den Verwaltungen grundlegend geändert werden müssen.

Rasches Handeln in Deutschland und Europa

Eine Anforderung stellen aber alle diese Reformprojekte gemeinsam: Wir können uns bei diesen Weichenstellungen, über die wir in der Opposition vor 2006 dringend entscheiden müssen, nicht mehr viel Zeit für Diskussionen erlauben. Wir haben uns schon zuviel Zeit genommen, wir haben schon viel zu lange über den besten Weg diskutiert, statt darüber nachzudenken, wie wir ihn am schnellsten durchsetzen.

Denn die Zeit fehlt. Der Druck auf Deutschland wird immer größer. Wenn man sich die Entwicklung weltweit, aber auch innerhalb Europas ansieht, dann wird Deutschland momentan abgehängt. Wir sind das Schlusslicht in Europa in nahezu allen relevanten Statistiken. Der Kostendruck der globalen Wettbewerbswirtschaft auf uns wird immer größer, doch wir leisten es uns, über die Bürgerversicherung zu diskutieren, über die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland und über die Sozialvertraglichkeit von 10 Euro Praxisgebühr und die vermeintliche Unmenschlichkeit der lang überfälligen Arbeitsmarktreformen.

In dieser Situation sind alle gesellschaftlichen Kräfte, die für die Zukunft Deutschlands kämpfen, aufgefordert, sich in die Diskussion einzubringen und Widerstände zu überwinden. Auch im europäischen Kontext ist die Zusammenwirkung der Reformkräfte notwendig, da sich viele Probleme in den Mitgliedstaaten ähneln. Zwar ist die Geburtenrate in Frankreich erfreulich hoch und die demographische Bedrohung entsprechend kleiner, aber der globale Wettbewerb und die Probleme zu großer Belastung mit Steuern und Abgaben, zu vieler Regelungen und zu umständlicher Bürokratie und auch die der unübersichtlichen Zuständigkeiten und finanziellen Verflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften, betreffen auch Frankreich und nicht zuletzt die Europäische Union selbst. Es ist deshalb zu hoffen, dass die Reformkräfte in Deutschland und Frankreich in Zusammenarbeit mit der neuen, liberaleren und marktwirtschaftlicheren Kommission, ihre beiden Länder und ganz Europa im globalen Wettbewerb dorthin bringen, wohin unser Kontinent aufgrund seiner Tradition und seines Potentials gehört, nämlich an die Spitze.